

Antrag

der Abgeordneten Markus Löning, Ulrich Heinrich, Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Dr. Christel Happach-Kasan, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Gisela Piltz, Dr. Andreas Pinkwart, Marita Sehn, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Jürgen Türk, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Gemeinsame europäisch-afrikanische Initiative zur Lösung der Krise in Simbabwe starten

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Simbabwe versinkt im Chaos! Noch vor wenigen Jahren galt Simbabwe als ein wichtiger Hoffnungsträger im südlichen Afrika. Um sich und seine Gefolgsleute an der Macht zu halten, ist Präsident Robert Mugabe aber anscheinend jedes Mittel recht. Dem fruchtbaren Land droht nach der Zerschlagung der landwirtschaftlichen Infrastruktur, vor allem durch die Enteignung und Vertreibung der weißen Farmer, eine furchtbare Hungerkatastrophe. Humanitäre Lebensmittelhilfen lässt Robert Mugabe nur an seine Unterstützer verteilen.

Mit dem Verhängen von Sanktionen hat die EU auf die unerträglichen Vorgänge reagiert. Kurz vor dem Auslaufen der Sanktionen am 18. Februar 2003 ist die Bilanz allerdings mager. Weder die Einstellung der Entwicklungshilfe, noch das Einfrieren seiner privaten Konten in europäischen Ländern oder das Einreiseverbot in die EU für ihn und seine Umgebung konnten Robert Mugabe zur Besinnung bringen. Nach einer offensichtlich massiv gefälschten Wahl ist er immer noch an der Macht und überzieht Simbabwe weiter mit Terror und Unterdrückung.

Da die Sanktionen der EU und der politische Druck ihrer Mitgliedsländer bisher nicht die gewünschte Wirkung erzielen konnten und es sich gezeigt hat, dass vor allem afrikanische Länder Einfluss auf Robert Mugabe ausüben können, muss eine gemeinsame europäisch-afrikanische Initiative angestrebt werden. Dabei kommt Südafrika eine Schlüsselrolle zu. Ziel der Initiative soll es sein, Robert Mugabe zur radikalen Änderung seines Kurses zu bewegen und in absehbarer Zeit Neuwahlen durchzuführen, die demokratischen Ansprüchen genügen, um so eine friedliche Perspektive für Simbabwe zu eröffnen.

Dazu bedarf es des Dialogs mit unseren afrikanischen Partnern aber auch mit Präsident Robert Mugabe und seiner Regierung.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung deshalb auf,

1. die wirtschaftlichen und politischen Sanktionen gegen Simbabwe zu verlängern und das Privatvermögen Robert Mugabes, soweit es sich in Europa befindet, weiterhin einzufrieren,
2. Robert Mugabe beim französisch-afrikanischen Gipfel in Paris und dem europäisch-afrikanischen Gipfel in Lissabon gemeinsam mit den europäischen und afrikanischen Staaten unter Druck zu setzen, seinen Kurs zu ändern und unverzüglich Neuwahlen durchzuführen, die demokratischen Ansprüchen genügen,
3. sich auf diesen Gipfeln für eine gemeinsame europäisch-afrikanische Initiative mit dem Ziel der Durchführung von Neuwahlen und der Entwicklung einer friedlichen Perspektive für Simbabwe einzusetzen,
4. im Rahmen der europäisch-afrikanischen Initiative darauf hinzuwirken, dass Simbabwe unverzüglich wieder eine funktionstüchtige Landwirtschaft aufbaut,
5. ihre guten Beziehungen zu Südafrika zu nutzen, um es zu einer aktiven Unterstützung der Initiative zu bewegen,
6. das Thema Simbabwe auf die Tagesordnung des UN-Sicherheitsrats zu setzen und sich dafür einzusetzen, dass eine UN-Kommission nach Simbabwe geschickt wird, die die Verteilung der Lebensmittellieferungen überwacht und den Berichten über Folterungen und Verfolgung nachgeht.

Berlin, den 11. Februar 2003

Markus Löning
Ulrich Heinrich
Rainer Brüderle
Ernst Burgbacher
Jörg van Essen
Otto Fricke
Horst Friedrich (Bayreuth)
Rainer Funke
Hans-Michael Goldmann
Dr. Christel Happach-Kasan
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Dr. Heinrich L. Kolb
Gudrun Kopp
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

Jürgen Koppelin
Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Dirk Niebel
Günther Friedrich Nolting
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Detlef Parr
Gisela Piltz
Dr. Andreas Pinkwart
Marita Sehn
Dr. Hermann Otto Solms
Dr. Rainer Stinner
Carl-Ludwig Thiele
Jürgen Türk